



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

12.02.02

Unbegrenzte Option für Gewerbegebiete auf der „Grünen Wiese“

Presseerklärung

Entgegen aller vollmundigen Ankündigungen von nachhaltiger Stadtentwicklung im Sinne einer zukunftsorientierten Abwägung von ökologischen und wirtschaftlichen Belangen, betreibt die Stadt letztlich eine Politik des Freiflächenausverkaufs. Dies gilt gleichermaßen für Wohnbauflächen und aktuell für die Ausweisung von Wirtschaftsflächen. Ökologisch schützenswerte riesige Flächenareale wie die Brechtener Niederung und das Salinger Feld sollen – nachdem schon die Berücksichtigung dieser Flächen als sogenannte Suchräume äußerst umstritten war, nunmehr auf ihre grundsätzliche Eignung als interkommunale Gewerbegebiete untersucht werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen dieses Verfahren ab, zumal der Bedarf an Wirtschaftsflächen, nach Angaben der Verwaltung, für die nächsten zehn Jahre durch sog. Reaktivierungsgebiete (Industriebrachen) gedeckt ist.

Schon als im Herbst letzten Jahres eine umfassende Ratsvorlage zur Wirtschaftsflächenentwicklung in Dortmund gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossen wurde, zeigte sich, dass ökologische Belange kein Gewicht bei der Festlegung von Flächen haben. So stellten die GRÜNEN – übrigens im Konsens mit den einstimmigen Voten der entsprechenden Bezirksvertretungen – vergeblich den Antrag, u. a. die jetzt wieder zur Diskussion stehenden Flächen „Brechtener Niederung“ und „Salinger Feld“ als zukünftige Wirtschaftsflächen auszuschließen. Beide Gebiete haben einen hohen ökologischen Nutzen als Frischluftschneisen und Naherholungsgebiete.

Nun sollen genau diese beiden Flächen zusammen mit der Fläche Mengede-Achenbach sowie der Westfalenhütte laut einer Vorlage für den AUSW Gegenstand einer Eignungsuntersuchung als sog. Interkommunale Wirtschaftsfläche werden, wobei die Priorität ausgerechnet bei der Brechtener Niederung liegt. Die Formulierungen machen deutlich, dass von einer Eignung mindestens von Teilräumen ausgegangen wird.

Begründet wird die Priorität für die „Brechtener Niederung“ und das „Salinger Feld“ in der Verwaltungsvorlage u. a. mit der guten Verkehrsanbindung beider Flächen, wobei damit die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Nähe eines Autobahnknotenpunkts und nicht etwa eine gute Anbindung an die Schiene gemeint ist. Ganz abgesehen von der grundsätzlichen ökologischen Unverträglichkeit werden auch bei der Auswahl für Wirtschaftsflächen zukunftsweisende und ökologische Kriterien außer Acht gelassen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Nutzung und Aufbereitung der Flächen Westfalenhütte sowie Phoenix-West und -Ost als Standorte für Logistik bzw. Unternehmen der New Economy Priorität. Die in der Verwaltungsvorlage aufgestellte Behauptung, dass „Altstandorte von Betreibern der ‚new economy‘ nicht angenommen werden“, mutet angesichts der angestrebten Entwicklung auf Phoenix – gelinde gesagt – erstaunlich an.

Des Weiteren halten die GRÜNEN es für unabdingbar, dass bei der Berechnung des Wirtschaftsflächenbestands, der ja angeblich für die nächsten 20 Jahre nicht ausreichend ist, Flächenpotenziale in Misch- und Kerngebieten mit einbezogen werden, da sie insbesondere für Betriebe der New Economy geeignet sind. Außerdem wurde bislang die Möglichkeit der Nachverdichtung in bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten zuwenig berücksichtigt.

Angesichts des hohen ökologischen Werts gerade der Brechtener Niederung und des Salinger Feldes lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die angestrebte Vorgehensweise der Verwaltung ab. Die Verwaltung schlägt vor, auf der Grundlage einer lediglich groben Ersteinschätzung der Umweltverträglichkeit die entsprechenden Gebiete bis zum Stichtag 15. März für die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes anzumelden. Eine politische Bewertung des Gutachtens kann in der Kürze der Zeit dann nicht mehr erfolgen; eine detaillierte Umweltverträglichkeitsstudie soll ebenfalls erst in einem zweiten Schritt erfolgen, wobei die Finanzierung noch völlig unsicher ist.

Bei einer seriösen Umweltverträglichkeitsstudie kann nach Einschätzung der GRÜNEN nur das heraus kommen, was NaturschützerInnen dazu auch feststellen, nämlich die Nichteignung dieser Flächen für jegliche Bebauung. Das Gutachten, das in Rekordzeit vorgelegt werden soll, kann keine Grundlage für die Option von Gewerbeflächen für einen auf 20 Jahre angelegten Gebietsentwicklungsplan sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten, dass die reichlich vorhandenen Potenziale industrieller Branchen konsequent genutzt werden und die Nicht-Verfügbarkeit ökologisch wichtiger Freiräume nicht nur akzeptiert sondern auch unmißverständlich im Gebietsentwicklungsplan und Flächennutzungsplan festgeschrieben wird.